

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1949

57 (17.9.1949)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag und Samstag mittag. Frei Haus 1.85, im Verlag abgeholt 1.65, durch die Post 1.85 zuzüglich 36 Dpf. Zustellgeld. Einzelnummer 15 Dpf.

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

1./50. Jahrgang

Samstag, den 17. September 1949

9r. 57

Elf Ministerien geplant

Am Dienstag: Regierungserklärung

v. W. Bonn. Dr. Adenauer, der am Freitag von Bundespräsident Heuss offiziell als Bundeskanzler bestätigt wurde, wird am Dienstag die Zusammensetzung seines Kabinetts und sein Regierungsprogramm bekanntgeben.

In einer gemeinsamen Sitzung des Bundesrats und des Bundestags wird die neue Regierung dem Bundespräsidenten ihre Vorschläge unterbreiten und am gleichen Tag ihren Amtseid leisten.

Verhandlungen zur Regierungsbildung noch nicht beendet

v. W. Bonn. Am Freitag wurden die Verhandlungen zur Regierungsbildung unter Vorsitz des Bundeskanzlers fortgesetzt. An den Besprechungen waren Vertreter der CDU/CSU, der FDP und der Deutschen Partei beteiligt. Wie verlautet, sollen nach dem bisherigen Stand der Verhandlungen neben der Bundeskanzler und dem Vizekanzleramt folgende Ministerien gebildet werden: Inneres, Finanz, Justiz, Wirtschaft, Arbeit, Ernährung, Landwirtschaft, Post und Verkehr. Außerdem plant man ein Ministerium für Gesamtdeutsche Angelegenheiten und ein Ministerium für die Marshallplanhilfe, das mit dem Vizekanzleramt verbunden sein soll. Für Wiederaufbau und Flüchtlingsfragen sowie für das Sozialwesen sind voraussichtlich keine einzelnen Ministerien oder Bundesämter vorgesehen. Sie sollen Abteilungen unter Leitung von Fach-Staatssekretären übertragen werden. Soweit bisher bekannt wurde, will man die Abteilung für Flüchtlingsfragen dem Innenministerium angliedern.

Franz Blücher, der an Stelle von Prof. Heuss den Vorsitz der Freien Demokratischen Partei übernimmt, erklärte am Freitag, die FDP werde zugunsten der bayrischen CSU auf das Finanzministerium verzichten.

Henderson zur Demontagefrage

Unterredung mit Dr. Schumacher in Bonn von unserem Korrespondenten v. W. Bonn. Nach seiner mehrtägigen Reise durch das Ruhrgebiet hat der Leiter der Deutschland-Abteilung im britischen Außenamt, Staatssekretär Henderson, am Freitag dem Bundespräsidenten Prof. Dr. Heuss sowie dem Bundeskanzler Dr. Adenauer einen Besuch abgestattet, wobei er noch einmal die Glückwünsche der britischen Regierung übermittelte.

Im Anschluß an die mit dem Kanzler geführte Unterredung politischer Charakter erörterte Henderson neunzig Minuten mit dem Führer der Opposition, Dr. Kurt Schumacher, in Gegenwart des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers Nötting die brennendsten deutschen Wirtschaftsfragen, darunter die der Demontage, wobei — wie man hört — neue britische Motive und Auslegungen herangezogen wurden.

Anschließend an die Unterredung erklärte Dr. Schumacher vor der Presse, daß Hendersons Besuch bei ihm das Ziel verfolgte, die gegenseitigen Standpunkte einander zu nähern. Henderson habe darauf hingewiesen, daß etwas Abschließendes natürlich nicht gesagt werden könne, da er seine Deutschlandreise angetreten habe, als Außenminister Bevin bereits nach den USA abgereist war.

Der britische Staatssekretär habe sich gegen die falsche deutsche Auffassung gewandt, die Stahl-Kapazität der Hitler-Periode anzufüh-

ren. Man müsse statt dessen die Stahl-Kapazität aus der Regierungszeit von Hermann Müller-Franken (1928—1930) als Norm nehmen. Damals habe Deutschland insgesamt 19 Millionen Tonnen Stahl erzeugt, davon 14,5 Millionen in den jetzigen Westzonen, 4,5 Millionen in der augenblicklichen Ostzone.

Feiner erklärte Schumacher, daß er auch auf die Flüchtlingsfrage im Zusammenhang mit den Demontagen hingewiesen habe, die auch den Heimatvertriebenen Arbeitsmöglichkeiten entziehen. Schließlich habe er Henderson vorgehalten, daß mit Beendigung des Marshall-Planes so hohe Produktionsziffern erreicht sein müßten, daß Westdeutschland — nach Verlust seiner Ernährungs-Zuschußgebiete — in der Lage sei, industrielle Erzeugnisse gegen Ernährungsprodukte zu kompensieren.

Lord Henderson verabschiedete sich von Dr. Schumacher mit den Worten: „Ich hoffe, daß bei unserem nächsten Zusammensein die Demontagefrage geklärt sein wird“.

Künftig nur noch 5 Ministerien

Verwaltungsreform in Württemberg-Baden H. Stuttgart. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland wird, wie Ministerpräsident Dr. Maier am Donnerstag erklärte, Rückwirkungen auf die Landespolitik haben. Die Länder hätten bisher eine große Anzahl von Aufgaben wahrzunehmen, welche früher Sache des Reichs waren und jetzt wieder Sache des Bundes werden. Die sich verkleinernden Aufgaben erforderten eine Verkleinerung des Staatsapparates der Länder, das heißt, eine planmäßige Staatsvereinfachung und Verwaltungsreform. In diesem Zusammenhang hat der Ministerpräsident dem Ministerrat nachstehende Vorschläge unterbreitet:

1. Zurückführung der Zahl der Landesministerien auf die fünf Ministerien des Inneren, der Justiz, der Finanzen, des Kultus und der Wirtschaft. Dieses Ziel soll für Württemberg-Baden in folgenden Stufen erreicht werden:

Westmächte und Bundesrepublik

Diplomatische Aktivität in Washington geht weiter

Washington (NBC). Die Außenminister Acheson, Bevin und Schuman setzen in Washington ihre Besprechungen über deutsche und österreichische Angelegenheiten fort. Wie verlautet, befassen sich die Minister mit ihrer Haltung gegenüber der Bundesregierung. Auch die Aufnahme Deutschlands in den Europarat und das Demontageproblem stehen zur Debatte. In der Demontagefrage wollen die Westmächte die Initiative der Bundesregierung abwarten.

Österreich-Vertrag soll endlich fertiggestellt werden

Washington (NBC). Als Ergebnis der Washingtoner Außenminister-Zusammenkunft wird mitgeteilt, daß sich Großbritannien, die USA und Frankreich erneut bereit erklärten, die Besprechungen mit Rußland über einen Staatsvertrag mit Österreich wieder aufzunehmen. In einem von den Außenministern der drei Westmächte in Washington veröffentlichten Communiqué heißt es:

Die drei Westmächte haben ihre Pläne für den Abschluß eines Vertrags, der die Unabhängigkeit Österreichs wiederherstellen würde, in Einklang gebracht. Sie hoffen jetzt, Ruß-

a) Das Betreuungsministerium wird am 30. September 1949 aufgelöst, die Abwicklung erfolgt durch das Staatsministerium.

b) Das Arbeitsministerium wird am 1. Januar 1950 dem Wirtschaftsministerium angegliedert.

c) Das Verkehrsministerium wird am 1. April 1950 entweder dem Wirtschaftsministerium angegliedert oder eventuell dem Staatsministerium.

d) Über das weitere Schicksal des Landwirtschaftsministeriums kann erst nach Wegfall der Zwangsbewirtschaftung der Nahrungsmittel entschieden werden, also praktisch nach der Ernte 1950.

e) In einem späteren Stadium wird die Verlagerung der Arbeitsaufgaben dazu führen, daß der Ministerpräsident wieder ein Ressortministerium übernimmt.

2. Der Wegfall von Staatsaufgaben, d. h. ihr Übergang auf den Bund muß zum Wegfall von Beamten, Angestellten und Arbeitern im Staatsdienst führen. Das Ziel muß eine planmäßige Verringerung der im öffentlichen Dienst beschäftigten Personen in Höhe von fünfzehn bis zwanzig Prozent innerhalb der nächsten drei Etajahre sein. Die Mittel hierzu sind die Durchführung der Altersgrenze, die Überstellung in die Bundesbehörden und die Ausschaltung der leistungsschwachen Beamten und Angestellten.

Finanzminister Kaufmann gab vor dem Finanzausschuß des württemberg-badischen Landtages einen Bericht über die Finanzlage des Landes. Er betonte, daß für das 1. Halbjahr des Haushaltsjahres mit Ausgaben von 830 Millionen DM zu rechnen sei, wenn man die Ergebnisse der ersten 3 Monate zur Grundlage nehme. Dieser Summe stünden nur 750 Millionen DM an Einnahmen gegenüber. Dadurch entstehe ein Defizit von 60 Millionen Mark. Finanzminister Kaufmann ist jedoch davon überzeugt, daß bis Jahresende ein Ausgleich erreicht werden kann.

land wird darin einwilligen, daß die Sonderbeauftragten der vier Außenminister am nächsten Donnerstag in New York zusammenkommen, um die Abfassung eines Staatsvertrages mit Österreich erneut zu versuchen.

Atlantikkonferenz und UN-Vollversammlung

Washington (NBC). Am Samstag werden die Delegierten der Atlantikstaaten zusammentreten. Der Konferenz liegt ein Plan zum Ausbau der Verteidigung vor. Am Dienstag beginnt sodann in New York die UN-Vollversammlung. Bei dieser Gelegenheit würden sich die Außenminister Bevin, Acheson, Schuman und Wyszynski über eine neue Sitzung des Außenministerates unterhalten.

Am Dienstag Atomenergie-Beratung

London (BBC). Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Kanada werden am kommenden Dienstag in Washington ihre Atomenergie-Besprechungen wieder aufnehmen.

Von amerikanischer Seite wird an den Beratungen Außenminister Acheson, Verteidigungsminister Johnson und der Vorsitzende der Atomenergie-Kommission Lilienthal teilnehmen.

Zwei-Mächte-Kontrollamt aufgelöst

v. W. Frankfurt. Auf der letzten Sitzung der Militärgouverneure John McCloy und Robertson in Frankfurt wurde die formelle Auflösung des Zwei-Mächte-Kontrollamtes beschlossen. Die noch verbleibenden Aufgaben des Amtes sollen an die alliierte Hohe Kommission überwiesen werden.

Keine Reise McCloy's nach Washington

hbt. Frankfurt. Ein amerikanischer Sprecher in Frankfurt dementierte am Freitag die Meldungen über eine bevorstehende Reise des amerikanischen Hohen Kommissars McCloy nach Washington. Wie es heißt, wollte McCloy mit den Außenministern der Westmächte über das Demontageproblem sprechen. Der amerikanische Beamte erklärte, von dieser Absicht McCloy's sei ihm nichts bekannt.

Sowjettruppen aus Südgarn zurückgezogen

A-n. Budapest. Die Sowjetunion hat ihre Truppen aus dem südgarnischen Grenzgebiet wieder zurückgezogen. In Budapest nimmt man an, daß die sowjetischen Streitkräfte, unter denen sich auch Panzerregimenten befinden, wieder in ihre Garnisonen zurückgeführt werden sollen. In den Gebieten beiderseits der ungarisch-jugoslawischen Grenze sind in den letzten Tagen keine größeren Truppenbewegungen mehr beobachtet worden.

Klare Oppositionsverhältnisse

Die am Donnerstag erfolgte Wahl des ersten deutschen Bundeskanzlers hat mit 202 für und 142 gegen Dr. Adenauer abgegebenen Stimmen den mathematischen Beweis für die Geschlossenheit der Regierungsparteien und des Oppositionsblockes gezeigt. 44 Abgeordnete, die sich aus der Bayernpartei, der Wiederaufbau-Vereinigung und dem Zentrum rekrutierten, enthielten sich der Stimme, eine abgegebene Karte — nach Mitteilung der CDU diejenige von Dr. Adenauer — war ungültig. Das Haus zählt 402 Mitglieder, so daß der Kanzler die einfache Mehrheit von 202 Mitgliedern für seine Bestätigung durch den Bundestag brauchte.

Während KPD und SPD geschlossen gegen den Führer der CDU/CSU-Fraktion stimmten, überraschte die CDU/CSU durch ihre hundertprozentige Stimmenabgabe zugunsten des Kanzlers insofern, als parlamentarische Kreise angenommen hatten, daß wenigstens einige Angehörige des linken CDU-Flügels sich zur Demonstration für eine „Große Koalition“ der Stimme enthalten würden. Daß dies nicht geschah, wird im Bonner Parlament als ein Sieg des Kanzlers über die zwar nicht tragischen, aber dennoch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten seiner Fraktion gewertet.

Hinzu kommt, daß sich die Bayernpartei ebenfalls der Stimme enthielt, was mehr als ein Akt der Zurückhaltung, denn als eine oppositionelle Geste betrachtet werden müßte. Jedenfalls fühlte sich der Führer der Opposition, Dr. Kurt Schumacher, nach der Wahl in diesem Zusammenhang unserem Bonner Mitarbeiter gegenüber zu der Erklärung veranlaßt, daß Adenauer in der Bayernpartei eine „stille Reserve“ gefunden habe. Nichtsdestoweniger werde der Kanzler in Zukunft einen schweren Stand haben, da er mit einer geschlossenen Oppositionsgruppe rechnen müsse. Seitens der Bayernpartei wurde erklärt, daß man sich vorbehaltlos, Herrn Dr. Adenauer von Fall zu Fall zu stützen.

Die Wahl des Kanzlers war auf Vorschlag des Bundespräsidenten erfolgt und ging ohne Diskussion vor sich. Adenauer wird seine Verhandlungen zur Kabinettsbildung jetzt rasch abschließen müssen, denn am Dienstag tritt das Plenum erneut zusammen, um die Regierungserklärung des Kanzlers entgegenzunehmen und die Minister kennen zu lernen.

In den darauffolgenden Tagen der kommenden Woche wird die Regierungserklärung dann in Vollsitzungen des Parlaments diskutiert werden, wobei die Opposition durch Professor Carlo Schmid (SPD) und Renner (KPD) schon jetzt eine „eingehende Beleuchtung“ der Regierungserklärung ankündigte. Die Debatte dürfte sich über mehrere Tage hinziehen.

VOM TAGE

US-Manöver beendet. Die Manöver der amerikanischen Armee in Süddeutschland wurden in der Nacht zum Freitag beendet. Die militärischen Übungen wurden mit einem Angriff auf den Truppenübungsplatz Grafenwehr abgeschlossen. An den Manövern beteiligten sich Infanterie, Artillerie, Panzer und Luftwaffeneinheiten.

Zweiseitige Magistrats-Besprechungen in Berlin. Vertreter des West- und Ostberliner Magistrats verhandelten über eine Normalisierung des wirtschaftlichen Lebens in Berlin. Die Besprechungen kamen auf Anregung des Ostberliner Magistrats zustande. Es soll nunmehr dafür gesorgt werden, daß die Lebensmittelkarten bei der Stadtverwaltung in allen vier Sektoren angenommen werden. Man wies jedoch darauf hin, daß noch zahlreiche technische Schwierigkeiten zu überwinden seien.

Landrat Schroeter beauftragt. Der württemberg. Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier hat Landrat Ludwig Schroeter zum Leiter der Abwicklungsstelle für Entnazifizierungsfragen beim Staatsministerium ernannt. Schroeter war von 1945 bis 1948 Landrat im Kreise Leonberg und wurde dann als Vorsitzender der Berufungskammer Stuttgart dienstverpflichtet.

Europäischer Wirtschafts-Zusammenschluß notwendig. Der wirtschaftliche Zusammenschluß aller europäischen Länder wurde von dem Verwalter der amerikanischen Auslandshilfe Paul Hoffman gefordert. Nach Ansicht von Hoffman kann die europäische Wirtschaft nur dadurch gesunden. Europa müsse zu einem Verbraucher-Großmarkt werden, damit sich die europäische Industrie die Vorteile der Massenproduktion zunutze machen könnte. (H)

Flucht aus russischem Gefängnis. Am Freitag früh entkamen drei britische Soldaten und ein amerikanischer Soldat aus einem russischen Gefängnis aus dem Ostsektor Berlins und erreichten sicher ihre militärischen Hauptquartiere in West-Berlin. Nach Mitteilung der britischen Militärbehörden waren die vier Soldaten ein Jahr lang in russischer Gefangenschaft.

Hochverratsprozeß gegen Rajk

Budapest (R). Am Freitag vormittag wurde in Budapest der Prozeß gegen den ehemaligen kommunistischen Außenminister Rajk eröffnet. Rajk bekannte sich des Hoch- und Landesverrats schuldig. Er steht unter der Anklage, den Umsturz des gegenwärtigen ungarischen Regimes in Gemeinschaft mit Marshall Tito geplant und den Weg für einen Einfall Jugoslawiens in Ungarn freige-macht zu haben.

Weiter heißt es in der Anklageschrift, Rajk und andere Personen hätten bei den britischen, amerikanischen und französischen diplomatischen Vertretungen um Unterstützung nachgesucht. Neben Rajk sind weitere sieben Personen angeklagt, darunter führende Mitglieder der ungarischen kommunistischen Partei und ein ehemaliger jugoslawischer Diplomat.

Die jugoslawische Regierung erklärte, der Rajk-Prozeß sei veranstaltet worden, um Jugoslawien einer Anklage zu bezichtigen, die in Wirklichkeit das Kominform gegen Jugoslawien vorbereite. In einer weiteren Erklärung aus Belgrad heißt es: „Die Staaten des Kominform gehen darauf aus, die gesetzlich gewählte jugoslawische Regierung mit Gewalt zu stürzen.“ Die jugoslawische Regierung beschuldigt schließlich die Sowjetregierung, sie habe die Rolle des Hauptangeklagten gegen Jugoslawien übernommen.

Jetzt lehnten die Westmächte ab

Lake Success (NBC). Der Weltsechtersrat lehnte die Gesuche von Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und der Mongolischen Volksrepublik um Aufnahme in die Vereinten Nationen ab. Sämtliche fünf Gesuche waren von der Sowjetunion befürwortet worden. Frankreich, Großbritannien, die USA und China enthielten sich der Stimme.

Vorher hatte der Rat einen russischen Antrag abgelehnt, wonach eine gemeinsame Abstimmung über die Aufnahme gesuche von 13 Staaten stattfinden sollte.

Senussi-Staat als britisches Protektorat

London (BBC). Großbritannien hat durch eine Proklamation den Scheik der Senussi der Cyrenaika ermächtigt, für die inneren Angelegenheiten seines Landes eine eigene Verfassung aufzustellen. Außerdem wurde ihm das Recht zuerkannt, eine Regierung zu bilden. Großbritannien will sich jedoch vorbehalten, die Außenpolitik, den Außenhandel und die Verteidigung des neuen Staatswesens zu kontrollieren. Ebenso will Großbritannien eingreifen, wenn die Landesbehörden die Ruhe und Ordnung im Lande nicht zu bewahren vermögen.

Die Cyrenaika ist ein Teil der früheren italienischen Kolonie Libyen. Über die endgültige staatsrechtliche Stellung des Territoriums wird erst auf der kommenden UN-Versammlung entschieden.

„Keine schlechten Chancen“

Interview mit Bundeskanzler Adenauer
Von unserem Korrespondenten

In seinem Arbeitszimmer im Bonner Bundeshaus gab der zum Kanzler der Deutschen Bundesrepublik gewählte Dr. Konrad Adenauer unserem Bonner Vertreter Antwort auf einige Fragen.

v. W. Bonn. Der jungen Deutschen Republik gibt der Bundeskanzler Dr. Adenauer „keine schlechten Chancen“. Es sei, so meinte er, durchaus möglich, daß die drei alliierten Hohen Kommissare bei der Regelung auswärtiger Angelegenheiten im Namen von Deutschland mehr und mehr deutsche Vertreter heranziehen werden. „Auf jeden Fall denke ich, daß man vor entscheidenden Fragen uns Deutsche hören wird.“

Auf die Frage unseres Mitarbeiters: „Befürworten Sie eine Einbeziehung Deutschlands in den Atlantikpakt?“ antwortete Dr. Adenauer mit der kurzen Feststellung: „Wir sind ein entwaflnetes Land. Jene, die uns entwaflneten, sind damit eine Verpflichtung für uns eingegangen.“ Weiter erklärte der Kanzler: „Selbst wenn die vier Großmächte sich über Deutschland einigen sollten, ist diese Einigung für uns nur annehmbar, wenn sie gleichzeitig die Wiedererlangung der Freiheit für unsere deutschen Landsleute ostwärts der Zonengrenze mit sich bringt.“

Der Kanzler fand sodann scharfe Worte gegen die völkerrechtswidrigen Methoden der Sowjets, die deutsches Land ostwärts der Oder-Neiße-Linie den Polen zugesprochen hätten. Zum Ost-West-Handel erklärte er, daß durch einen solchen Warenaustausch das psychologische Gefühl des Zusammenhalts gestärkt werden könne; allerdings dürfe der wirtschaftliche Austausch nicht so anwachsen, daß drüben „das Regime gestärkt werde“.

Zu der Frage, ob seiner Ansicht nach die Hohen Kommissare die Politik der Militärregierungen im wesentlichen fortsetzen würden, erklärte Adenauer, er glaube, daß die drei Hohen Kommissare sich an die Tendenz des Begleitschreibens der Außenminister der Westmächte zum Besatzungs-Status halten würden. In diesem Begleitschreiben sei ausgedrückt, daß Deutschland so bald wie möglich wieder in die Gemeinschaft der freien Nationen aufgenommen werden solle.

Als Dr. Adenauer im Zusammenhang damit die Frage vorgelegt wurde, in welchem Umfang eine Beschränkung der alliierten Einmischung erfolgen werde, meinte er lachend: „Je mehr, desto besser!“ Er fügte hinzu, daß es nicht ratsam wäre, gleich zu Beginn mit allzu großen Forderungen von deutscher Seite aufzutreten.

Ebenso wie Bundespräsident Dr. Heuss mißt auch der Bundeskanzler den neonazistischen Strömungen in Westdeutschland noch keine besondere Bedeutung bei, so wenig wie der im Bundestag erstmalig aufgetretenen „Nationalen Rechten“ (fünf Abgeordnete der Deutschen Rechtspartei, der Deutschen Konservativen Partei und Heinrich Leuchtings von den Nationaldemokraten).

Die größte Gefahr für die Bundesrepublik sind nach Dr. Adenauers Meinung diejenigen rechts- und linksradikalen Elemente, die sich noch stärker herausbilden würden, wenn nicht bald eine vernünftige Lösung der Flüchtlingsfrage, ein soziales Wohnungsbau-Programm und eine Vermeidung der Arbeitslosigkeit möglich sein werde.

150 Junkersdorfer demonstrierten
Gegen Beschlagnahme ihrer Wohnungen
v. W. Bonn. Eine etwa hundertfünfköpfige Abordnung aus der Gemeinde Junkersdorf, die am Freitag auf vier Omnibussen vor dem Bonner Bundeshaus vorfuhr, demonstrierte gegen die inzwischen durchgeführte Beschlagnahme ihrer Wohnungen zugunsten der belgischen Besatzung. Die Demonstranten wurden zu Ministerialdirektor Dr. Wandersleb geleitet, der ihnen auseinandersetzte, die Militärregierung werde die beschlagnahmten 116 Wohnungen sofort freigeben, wenn die Unterkünfte für die belgischen Truppen fertiggestellt sind, womit innerhalb der nächsten drei Monate zu rechnen ist.

Die Demonstranten begaben sich anschließend nach Viktorshöhe, wo sie Bundespräsident Heuss zu sprechen verlangten. Dieser ließ ihnen durch Unterstaatssekretär Dr. Klüber den Vorschlag übermitteln, bei der Bundesregierung eine entsprechende Bittschrift einzureichen.

Die Flucht von Joseph Reimann
er. Wie am Donnerstag bekannt wurde, ist der Sohn des Vorsitzenden der KPD in Westdeutschland, Joseph Reimann aus der Sowjetzone, wo er als Volkspolizist ausgebildet wurde, geflohen. Britische Behörden gaben bekannt, Joseph Reimann habe sich unter dem Schutz der britischen Militärregierung in Berlin gestellt und sei auf dem Luftwege nach Westdeutschland gebracht worden. In einer Erklärung der britischen Militärregierung heißt es ferner, politischen Flüchtlingen aus der Ostzone werde in allen Fällen Asylrecht gewährt. Unter ihnen befinden sich in zunehmendem Maße Deserteure aus der Ostzonen-Polizei.

Joseph Reimann, der im April d. J. aus einem russischen Kriegsgefangenenlager entlassen worden war, war auf Rat seines Vaters in die Ostzonenpolizei eingetreten.
Der KPD-Vorsitzende Max Reimann äußerte zur Flucht seines Sohnes: „Es ist mir unbegreiflich, wie man hieraus eine politische Sensation machen kann, um sie gegen mich und meine Partei auszunutzen.“

Weiß die „Stimme Amerikas“ nichts davon?
v. W. Frankfurt. In einem offenen Brief an den Chef-Kommentator der „Stimme Amerikas“, Hoffmeister, weist die Vereinigung der Ostzonenbeschädigten und Verfolgten auf die in der sowjetischen Besatzungszone herrschenden Verhältnisse hin. Dort geschähen Dinge, die schlimmer seien, als der Terror und die Grausamkeiten des Nationalsozialismus. In dem Brief wird die gesamte zivilisierte Welt, besonders Amerika, aufgerufen, diesen Verbrechen gegen die Menschlichkeit Einhalt zu gebieten.

Ein Kontinent erwacht

Projekte für die Erschließung Afrikas

England ist im Augenblick dabei, die Reichtümer seines afrikanischen Kolonialreiches zu heben. Es hat für dieses Unternehmen die Vereinigten Staaten interessiert, die die Verwirklichung dieses Projektes mit dem amerikanischen Dollar ermöglichen sollen. In die riesigen Gebiete des bisher noch „schlummernden Kontinents“ sollen der revolutionäre Atem modernster Technik und eine großzügige Planung einziehen, um den Völkern Afrikas ein besseres Leben zu geben und um die Nahrungssorgen der Welt zu lösen.

Großbritanniens afrikanisches Besitztum, das die Gebiete Kenia, Uganda, Tanganjika, Sansibar, Njassaland, Nord- und Südrhodesien, Nigeria, Gambia, einen Teil des Sudan, Somaliland und die Goldküste einschließt, beherbergt auf einigen Millionen Quadratkilometern etwa 62 Millionen Menschen. Von den 150 Plänen, die England in den vergangenen Jahren zur Erschließung dieses Kontinents aufgestellt hat, seien hier nur die wichtigsten erwähnt. In Tanganjika, Nordrhodesien und Kenia wird zur Zeit der sogenannte „Erduußplan“ in die Tat umgesetzt. Auf riesigen Flächen werden dort Erdnüsse und Sonnenblumen angebaut, die — wie man hofft — den Fettmangel des englischen Mutterlandes beheben. In Nigeria, Gambia und der Goldküste sind ähnliche Aktionen vorgesehen. In Ostafrika werden Vorbereitungen getroffen, um eine groß angelegte Fischverarbeitungsindustrie aufzubauen.

Der Erfolg der Kultivierung eines solch großen Gebietes, die ja in erster Linie mit modernsten Maschinen bewerkstelligt werden muß, hängt nicht zuletzt von dem Vorhandensein mächtiger Energiezentren ab, von Elektrizitätsstationen und einem ausreichenden Vorkommen an Kohle. Aber auch in dieser Hinsicht ist der „Schwarze Erdteil“ von der Natur nicht stiefmütterlich behandelt worden. Kohle z. B. ist im Überfluß vorhanden. Fachleute sagen aus, daß die Kohlenlager des Wanke-Flusses in Rhodesien auf Jahrhunderte hinaus unerschöpflich sind und England 500 Jahre lang versorgen könnten. Der Boden in

Nigeria und Tanganjika birgt ähnliche riesige Kohlenlager. In Uganda wurden reiche Lager von Phosphaten entdeckt.

Das Produktionsvermögen der afrikanischen Erde ist weitgespannt und schließt die vielfältigsten Arten von Nahrungsmitteln und Bodenschätzen ein. Auf Afrikas Boden wachsen Mais, Reis, Zuckerrohr, Weizen, Kaffee, Kakao, Bananen, Ingwer, Pfeffer, Kartoffeln und anderes; eine blühende Vieh- und Milchwirtschaft kann dort erstehen; in seiner Erde ruhen Aluminium, Diamanten, Chrom, Kohle, Eisenerz, Mangan, Zinn und Platin. Aber die unermeßliche Weite des afrikanischen Raumes fordert — wenn die Kultivierung gelingen soll — den Ausbau eines Eisenbahnnetzes und fester Straßen. Bis jetzt existieren verhältnismäßig wenig Eisenbahnstrecken, und diese befinden sich in schlechtem Zustand. Dazu tritt das gigantische Projekt einer transkontinentalen Autostraße, die Algier im Norden mit Kapstadt im Süden verbindet. Diese Straße wird mitten durch Afrika laufen, durch Dickicht, Grasland und Dschungel. Für die Verwirklichung dieses Planes ist die Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs, Belgiens, Portugals und der Südafrikanischen Union notwendig.

Die in Afrika lebenden Engländer, die Politiker und Parteiführer in den englischen Kolonialgebieten planen aber noch mehr. Sie interessieren nicht allein die wirtschaftliche Sphäre, der Ausbau Afrikas zu einem fruchtbareren Nahrungsarsenal und zu einem reichen Industrieland — ihre politische „Sehnsucht“ strebt zu den „Vereinigten Staaten von Afrika“, nach dem Vorbild der USA. Wortführer dieser immer stärker um sich greifenden Bewegung ist Godfrey Huggins, der derzeitige Premierminister von Südrhodesien, ein Mann, der seit 15 Jahren im politischen Leben steht. Einst waren es Cecil Rhodes und Jan Smuts, die von der Einheit Südafrikas träumten und diesen Traum der Verwirklichung entgegenführten — heute ist es Godfrey Huggins, der die Einheit aller afrikanischen Boden liegenden englischen Kolonialgebiete und Domänen befürwortet.

VON GESTERN AUF HEUTE

Samstag, den 17. September

In letzter Zeit beschäftigt sich das Ausland wieder in zunehmendem Maß mit der militärischen Ausbildung der Volkspolizei in der Sowjetzone. Wie es heißt, soll der Ausbau dieser Polizei in eine „kampfstärke Truppe“ bei den westlichen Alliierten Besorgnis hervorrufen. Nun kommt die — allerdings unbestätigte — Meldung, daß für eine „Volkspolizeigruppe“, deren Aufstellung in Stärke von 5000 Mann ebenfalls von den Russen verfügt wurde, sogar Düsenjäger vorgesehen sind. Die Junkers-Werke in Dessau sollen mit dem Bau bereits begonnen haben. An weiteren Einzelheiten über die neue Fliegertruppe weiß die „National-Zeitung“ in Basel außerdem folgendes zu berichten:

„Mit zum 20. September müssen alle Angehörigen der deutschen Luftwaffe als Piloten, Beobachter, Bordgeschützen und Funker registriert sein. Ein riesiges Arbeitsprogramm zur Wiederinstandsetzung der in der Ostzone befindlichen Flugplätze ist gleichzeitig angefallen. Der Heinkel-Flugplatz bei Oranienburg ist von Offizieren der Roten Armee und der Volkspolizei unter Führung des früheren Generals der Luftwaffe Brandt, der das Volkspolizeikorps aufstellen soll, besichtigt worden. Vier Hallen für 16 Maschinen und 11 Unteroffizierskassen müssen im Eiltempo von Insassen des benachbarten Konzentrationslagers Sachsenhausen erbaut werden. Im übrigen sind alle Flugplätze längs der Ostseeküste und östlich Berlins als vordringliche Bauvorhaben erklärt worden.“

Inzwischen sind die Stamm-Mannschaften der neuen Truppe schon in härtester Schulung. Sowohl die Stuka-Schule bei Leiznig, die Bordgeschützen- und Beobachter-Schule in Burg bei Magdeburg und die Jagdflieger-Schule Perleberg, wo der ehemalige Oberstleutnant und Ritterkreuzträger Hartack unterrichtet, haben vollen Lehrbetrieb für die getarnte ostdeutsche Wehrmacht. Der Maschinenpark besteht aus zweihundert Flugzeugen, die von der Roten Armee der Volkspolizei zur Verfügung gestellt wurden.“

Angesichts dieses munteren Betriebs ist es wohl zu verstehen, daß sich der Sohn von Max Reimann, der auch Volkspolizist werden sollte, von diesen Ausbildungsstätten abgesetzt und in westalliierten Schutz begeben hat. Wollte er damit symbolisch für die gesamte Westzone handeln? Da, wie die „Neue Zürcher Zeitung“ sich aus London berichten läßt, bei der am 17. September beginnenden Konferenz der zwölf Atlantikpakt-Außenminister auch die Frage „Rheinlinie“ oder „Eibe-line“ zur Verteidigung Westeuropas erörtert werden soll, ist es vielleicht nicht un-zweckmäßig, wenn die Minister dieses Symbol Joseph Reimann beherzigen. So wie diesem jungen Deutschen, der sieben Jahre Militärdienst, Krieg und Gefangenschaft hinter sich hat und nichts mehr davon wissen will, geht es allen seinen Altersgenossen. Und daher steht nicht irgendein angeblicher neuer, nationaler Radikalismus in Westdeutschland zur Debatte, sondern die Frage, wie die Westalliierten das Friedens- und Ruhebedürfnis der deutschen Jugend zu schützen gedenken. Die Verantwortung vor dieser Frage läßt sich mit billigen Schlagworten aus dem Wörterbuch des Lord Vansittard nicht abschieben. S.

Wirtschafts-Nachrichten

Anmeldung von beschlagnahmten Wirtschaftsgütern

Stuttgart. Das Wirtschaftsministerium Württemberg-Baden gibt zur Feststellung der Verluste an Wirtschaftsgütern, die nach dem Einzug der Besatzungstruppen entstanden sind, folgende Bekanntmachung heraus:

Die Verwaltung für Wirtschaft hat angeordnet, die von den Besatzungsmächten nach Beendigung der Feindseligkeiten für Reparationen und für andere Zwecke beschlagnahmten Wirtschaftsgüter (Maschinen, Betriebs- und Büroeinrichtungen, Betriebsmittel — ausgenommen Geld und geistige Werte — Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate) nach einheitlichen Richtlinien zu erfassen. Die von der französischen Besatzungsmacht beschlagnahmten Wirtschaftsgüter wurden vorläufig bereits im Jahr 47 ermittelt, bedürfen aber einer nochmaligen, zuverlässigen Feststellung nach den einheitlichen Richtlinien der Verwaltung für Wirtschaft. Die bereits früher erstatteten Meldungen können dabei verwertet werden.

Zu melden sind alle Entnahmen, die nach Beendigung der Kampfhandlungen vorgenommen wurden. Entnahmen oder Verluste während der Kampfhandlungen oder aufgrund tatsächlicher Kampfeinwirkungen sind nicht zu melden.

Die Erhebung betrifft nur Verluste an Wirtschaftsgütern, die zum Betriebsvermögen folgender Unternehmen gehören:

- 1. Industriebetriebe aller Art,
2. Handwerksbetriebe aller Art,
3. Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke,
4. alle Verkehrsbetriebe,
5. staatliche und städtische Institute, Einrichtungen und Werkstätten.

Zunächst nicht zu melden sind Entnahmen von Wirtschaftsgütern der Gewerbetreibenden, Handel, Banken, Versicherungen und Fremdenverkehr sowie der Landwirtschaft.

Ferner sind nicht zu melden die durch die amerikanische Militärregierung aufgrund der amtlichen Reparationsliste vom 16. Oktober 1947 als Reparationen oder aufgrund von Claims als Restitutionsgegenstände und weggeführten Einrichtungen und Gegenstände. Für die Meldungen sind Vordrucke zu verwenden, die mit Erläuterungen und etwa erforderlichen Ergänzungsblättern kostenlos von den Industrie- und Handelskammern und den Handwerkskammern zu beziehen sind.

Enttäuschung über die Soforthilfe

Tübingen (SWK). Wohl in allen Ländern, besonders aber in Württemberg-Hohenzollern, ist man über die Auswirkung des mit so großer Propaganda und nach so langen Debatten endlich gestarteten Soforthilfegesetzes sehr enttäuscht. Als Beihilfe zur Hausratbeschaffung stehen nur 200 000 DM zur Verfügung und da diese Summe auf 17 Kreise verteilt werden muß, bleibt für den einzelnen Kreis verschwindend wenig übrig. Bekanntlich stehen den Ländern zur Durchführung der Soforthilfe nur die Summen zur Verfügung, die in ihrem Lande durch die Abgaben zum Gesetz fließig gemacht werden können. Es ist somit erklärlich, daß ein kleines Land wie Württemberg-Hohenzollern dabei schlecht abschneidet und daß die Enttäuschung bei den dortigen Heimatvertriebenen und sonstigen Opfern des Krieges besonders groß sein muß. Ob ein Ausgleich mit andern oder besser gestellten Ländern möglich sein wird, ist sehr zweifelhaft.

Nordbaden an der Spitze der Brotgetreide-Ablieferung

Karlsruhe (SWK). Nordbaden, das 55 000 Tonnen Getreide abliefern muß, steht mit der bisherigen Ablieferung von 11 500 Tonnen Brotgetreide an der Spitze aller Län-

der der Westzonen. Das Land Württemberg-Baden trägt mit rund 130 000 Tonnen Brotgetreide zur allgemeinen Versorgung bei. Bisher wurden somit in Nordbaden etwa 25 % des Brotgetreides, 20 % des Gersten- und 10 % des Hafersolls abgeliefert.

Arbeitsmarktlage in der Pfalz

Neustadt a. d. H. (VWD). Von den insgesamt 286 700 arbeitsfähigen Personen in der Pfalz sind zur Zeit 15 800 (5,5 %) erwerbslos, teilte das Landesarbeitsamt Pfalz mit. Während im Maschinenbau weitere Entlassungen erfolgten und die chemische und Papierindustrie durch Auftragsrückgang teilweise zur Kurzarbeit übergehen mußten, sind die Schuhfabriken und Brauereien weiter gut beschäftigt.

ERP-Gelder freigegeben. Für das europäische Wiederaufbauprogramm wurde ein Betrag von 1 Milliarde 133 Millionen Dollar freigegeben. Die Gelder sind für die Monate Juli, August und September dieses Jahres bestimmt. Die drei Westzonen erhalten davon 108 Millionen Dollar. Großbritannien steht mit 192 Millionen Dollar an der Spitze der Empfänger.

Ein „halber Herbst“ erwartet

Neustadt (SWK). Das sommerlich warme Wetter im August hat sich auf das Wachstum der Reben sehr günstig ausgewirkt, wenn auch die Schäden, die durch die teilweise sehr kühlen Maltage entstanden sind, keineswegs ausgeglichen werden. Die Ernte des Jahres 1949 wird vermutlich hinter der des Vorjahres mengenmäßig erheblich zurückbleiben und man rechnet in Winzerkreisen mit einem „halben Herbst“. Über die Qualität der kommenden Weine läßt sich zur Zeit noch kein abschließendes Urteil fällen, jedoch rechnen die Winzer mit recht guten Qualitäten, zumal die Niederschläge der letzten Woche den Reben ebenfalls sehr gut bekommen sind. Wenn der „100jährige Kalender“ zu Rate gezogen wird, ist festzustellen, daß 1849 die Weinerte mangelhaft auch nicht sonderlich hoch ausgefallen war, jedoch wurde das Erzeugnis qualitativ als der beste Wein des 19. Jahrhunderts bezeichnet.

Aus Kreisen der Weinwirtschaft hören wir ferner, daß mit einem Sinken der Weinpreise nicht zu rechnen ist. Trotz der bestehenden Absatzstockung im Handel wird im Gegenteil mit einer Verteuerung gerechnet. Die steigende Preisrendenz wird auf das Fehlen früherer Jahrgänge zurückgeführt. Der Jahrgang 1948 war eigentlich der erste, der dem deutschen Verbrauch zur Verfügung stand und somit verhältnismäßig schnell durch den Handel vergriffen war.

Ulmer Abgeordneter bei Europa-Union

S. U. im. Im Venediger Dogenpalast findet vom 20.—22. September der III. Europäische Parlamentarische Kongreß der Europäischen Parlamentarischen Union statt. Unter den mehreren deutschen Parlamentariern, die an diesem Kongreß teilnehmen werden, befindet sich auch der bekannte Ulmer Abgeordnete der Bundesversammlung und Fraktionsvorsitzende der CDU im württ.-bad. Landtag, Direktor Wiedemeier.